

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

X. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 24. Juli 1891.

№ 56.

„Revolutionär“.

Wer das Gewaltfame für eine organische Eigenschaft der Revolution halte, verkenne das Wesen der revolutionären Socialdemokratie, so heißt es in einem Artikel des socialdemokratischen Centralorgans „Vorwärts“. Revolutionär wollen bekanntlich alle Socialdemokraten ohne Ausnahme sein, Gemäßigte wie Extreme, Alte wie Junge. Nach dem Vorwärts wäre darunter aber nicht der „Heugabelsinn der blutigen Gewalt“ zu verstehen, sondern nur die Absicht, die Gesellschaftsordnung umzuwälzen, es brauche dies ja nicht mit Gewalt, sondern es könne auch auf friedlichem Wege geschehen. Allerdings giebt es auch friedliche Revolutionen, aber nur auf rein geistigem Gebiete; Entdeckungen, wie die Galileis, revolutionirten die Wissenschaft, die Erfindung, den Dampf als Motor zu benutzen, war eine friedliche Revolution in der Technik. Allein mit dem Begriff einer Revolution im Staate ist nach dem allgemeinen Sprachgebrauche die Gewalt, die Auflehnung von Massen gegen das bestehende Gesetz, untrennbar verbunden. Friedliche Neuerungen und Umwälzungen sind Reformationen, gewaltsame Revolutionen. Auf die Größe des Blutstroms, der dabei fließt, kommt es allerdings nicht an. Brasilien hatte 1889 eine Bewegung, bei der nur ein Minister getödtet wurde und die Vertreibung des Herrschers sonst ohne Kampf sich vollzog. Trotzdem war sie eine Revolution, weil das Gesetz dabei gebrochen wurde und die Aufständischen mit Gewalt die Vertreter der alten Ordnung entfernten.

Immerhin könnte man sich die willkürliche Deutung des Begriffs Revolution gefallen lassen, wenn es aufrichtig gemeint wäre, daß die Socialdemokratie von ihren früheren wirklich revolutionären, weil den Bürgerkrieg betreibenden, an die rohe Gewalt appellirenden Standpunkt abgekommen sei. Aber das ist leider nicht der Fall. Schon wie die Partei über den gesetzlichen Weg denkt, was wir kürzlich nach socialistischen Zeugnissen auseinandergelegt haben, ist Gegenbeweis genug. Aber derselbe Artikel des Vorwärts, der das Gewaltfame als für den Begriff der Revolution nicht wesentlich hinstellt, macht die Illusion von friedlichen Zielen selber hinfällig. Es wird nämlich ausgeführt, daß die Machthaber nur durch gewaltsame Unterdrückung Revolutionen heraufbeschwören, „gewaltsamen Gegendruck“ herausfordern: „Wären die Menschen Hammel, die sich widerstandslos Alles gefallen lassen . . . dann gäbe es freilich keine Revolutionen, es gäbe aber auch keinen menschlichen Fortschritt.“ Was heißt das anders, als daß die Revolution der gewaltsame Widerstand gegen angebliche Bedrückung, die Gewaltthätigkeit also im Begriffe der Revolution enthalten sei? Und dabei ist natürlich noch die Entscheidung darüber, ob Unterdrückung bestehe, lediglich den Revolutionären vorbehalten. Sie wären die friedlichsten Leute von der Welt, wenn sie frei mit den nationalen Einrichtungen und Gütern wirthschaften könnten wie sie wollten. Aber da es andere Leute und andere Parteien giebt, die in communistischer Wirthschaft ein großes Unheil für Staat und Gesellschaft erblicken, so sind das Unterdrücker, gegen die nur Gewalt helfen kann. Diese Sorte von Logik gleicht der des Landstreichers, der einem einsamen Wanderer im Walde höflich die Uhr abfordert. Thut der Wanderer nicht, so ist er selber, bei Leibe nicht der Mann mit dem Knotenstock vor ihm, schuld daran, wenn er niedergeschlagen wird.

Solche zahm aussehenden Artikel und Reden dürfen also nicht darüber täuschen, daß die Socialdemokratie noch keineswegs so weit ist, die Anwendung von Gewalt unter allen Umständen und vorbehaltlos zu verwerfen, und daß ihr die Bezeichnung nicht bloß radikal, sondern revolutionär in dem landläufigen Sinne zukommt. Die Jungen vollends verschleiern die Gewalt nicht und

kofettiren nicht mit ihr, sie verkünden sie offen, wie das neueste Berliner Flugblatt beweist, das u. A. die Absicht des Abgeordneten von Bollmar, ernstlich an inneren Reformen im Wege der ordentlichen Gesetzgebung mitzuarbeiten, mit dem Worte Verrath an dem revolutionären Charakter der Partei belegt.

Der vierte Weltpostcongreß.

Der Weltpostverein wurde im Jahre 1874 auf einem Congreß in Bern ins Leben gerufen. Diesem folgten die Congresse in Paris 1878, in Lissabon 1885 und der kürzlich abgelaufene in Wien. Immer weiter hat sich das großartige Werk ausgedehnt, immer mehr sich innerlich vertieft, und es will heute kaum glaublich erscheinen, daß es in Deutschland vor 25 Jahren noch 12 besondere Postverwaltungen gab und daß vor 17 Jahren im Weltverkehr noch ungefähr 1200 Gebührensätze für Briefe in Kraft waren. Auch auf dem letzten Congreß in der Stadt, in der zuerst durch Kaiser Rudolf II. 1595 die Grundlage der ersten regelmäßigen und allgemeinen Posten in Europa mit Ernennung des Leonhard von Thurn und Taxis zum Reichsgroßpostmeister gelegt worden ist, sind wieder bedeutende Erfolge für den Weltpostverein erzielt worden.

Zuvörderst haben auf ihm die letzten Staaten mit geregeltm Postverkehr, die bisher dem Weltpostverein fern geblieben waren, ihren Zutritt erklärt oder wenigstens für die nächste Zeit in sichere Aussicht gestellt. Das gilt vortweg für den ganzen fünften Welttheil, Australien, dessen Widerstand endgültig gehoben ist. Die sämtlichen sieben britischen Staaten in Australien mit fünf Millionen Seelen gehören seit dem 22. Mai 1891 dem Verein an. Ein verhältnißmäßig noch größeres Hinderniß bereitete dem Verein der britische Kolonialbesitz in Südafrika, vor Allem die Kapregierung. In einem lehrreichen Rückblick der Köln. Ztg. wird hierüber gesagt: Die Gründe für die bisherige strenge Ablehnung des Anschlusses waren mannigfacher Art; theils standen einzelne Postverträge mit Dampfergesellschaften entgegen, die demnächst ablaufen werden, theils wachte die Kapregierung mit eifersüchtigem und mißgünstigem Auge auf die Aufrechterhaltung des Durchgangverkehrs. Seitdem aber jetzt durch den Bau der Bahn von der Delagoabai aus die Regierung des Transvaallandes in der Lage ist, sich von den Fesseln dieses Durchgangverkehrs frei zu machen, hat sie sofort die Gelegenheit wahrgenommen, ihren Zutritt zum Weltpostverein zu erklären. Derselbe ist noch bis zum 1. Juli 1892 hinausgeschoben, weil die Transvaalkammern den Zutritt zuvor genehmigen müssen. Doch ist kein Zweifel, daß die Zustimmung mit großer Mehrheit erfolgen wird. Damit wäre denn auch der hervorragendste Beweggrund beseitigt, der die britischen südafrikanischen Colonien zurückgehalten hat; insbesondere dürfte das in erster Linie für den Dranje-Freistaat und Natal gelten. Die englischen Vertreter haben bereits von Wien aus die erforderlichen Schritte gethan, um den Zutritt thunlichst noch vor dem nächsten Congreß zu ermöglichen.

Aber auch an Verbesserungen und Vereinfachungen der bisherigen Einrichtungen hat der Wiener Congreß höchst erfreuliche Fortschritte erzielt, so in Bezug auf die allgemeine Zulassung der Postkarten mit Antwort, die Ausdehnungsgrenzen für Warenproben, die gefälschten Postwerthzeichen, die Erleichterungen bei Werthbriefen, Postanweisungen und Postpaketen u. Die Köln. Ztg. hebt besonders den großen Fortschritt hervor, der durch die Annahme des deutschen Systems des Zeitungsverzeichnisses durch die Post auf den Weltpostverein für den raschen, bequemen und billigen Bezug der ausländischen Zeitungen erzielt ist, ein Fortschritt, der wiederum in erster Linie den deutschen Bevollmächtigten zu verdanken ist;

„sie haben überhaupt die Genugthuung gehabt, daß alle Vorschläge, die sie dem Congresse und seinen Ausschüssen unterbreitet haben, ausnahmslos die Zustimmung des Congresses gefunden haben.“

Ein anderer Erfolg des Staatssekretärs des Reichspostamts Dr. v. Stephan hat sich an den Congreß unmittelbar angegeschlossen. Es ist dies das Abkommen über den Depeschenverkehr mit Oesterreich-Ungarn. Während im Briefverkehr hüben und drüben und herüber und hinüber derselbe niedrige Satz gilt, behandeln sich beide Reiche im Depeschenverkehr als Ausland und kostet eine Depesche nach Pest oder Wien 10 Pf. für das Wort, während im Inlandsverkehr nur 5 Pf. erhoben werden. Nach einem in Pest geschlossenen Abkommen, das am 1. Januar 1892 in Kraft tritt, werden die Depeschen nach Oesterreich-Ungarn nicht mehr kosten als die Inlandsdepeschen. Ein Besuch des Staatssekretärs in Konstantinopel hatte die Beseitigung der unleidlichen Zustände im Postpaketverkehre zum Zweck, der jetzt noch über den Seeweg geht, während die neue Orientlinie zu Lande unbenutzt bleibt. Nach dem rheinischen Blatte ist nunmehr die Benutzung der orientalischen Bahnen auch für die Postpakete und damit eine außerordentliche Hebung des Güterausstausches nach und von der Türkei und dem Orient in sichere Aussicht zu nehmen.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Ladefristen.

Nachdem die Staatsbahnverwaltung schon seit einigen Jahren von einer allgemeinen Abkürzung der Fristen für die Be- und Entladung der Wagen auf den Freiladegleisen, wie sie früher in jedem Jahre einzutreten pflegte, abgesehen hat, sind die königlichen Eisenbahn-Direktionen nunmehr ermächtigt worden, auch von der bisher in jedem Jahre am 15. September eingeführten allgemeinen Herabsetzung der Ladefristen für Lagerplatzwächter und Anschlußinhaber auf 6 Stunden versuchsweise Abstand zu nehmen. Soweit für die Rückgabe der Wagen von Anschlußgleisen ein für allemal bestimmte Fristen noch nicht festgesetzt sind, soll dies unter Berücksichtigung der den Betriebsverhältnissen anzupassenden Bedienungszeiten und der sonstigen Verhältnisse des Anschlusses in auskömmlicher Weise geschehen.

Im Uebrigen werden — abgesehen von vorübergehenden Abkürzungen der Ladefristen auf einzelnen Stationen, wo solche aus besonderen örtlichen Rücksichten zur Aufrechterhaltung eines geordneten Verkehrs z. B. wegen Ueberfüllung von Stationen durch außergewöhnlichen Güterandrang oder während eines Umbaus notwendig erscheinen — die Ladefristen auf den Staatsbahnen künftig allgemein 12 Tagesstunden betragen. Ob der angestellte Versuch gelingt, hängt allerdings wesentlich davon ab, ob das Bestreben der Eisenbahnverwaltung vom Publikum durch pünktliche Be- und Entladung der Wagen unterstützt werden wird.

Politische Tagesfragen.

Landwirthschaftsminister v. Seyden,

der am Dienstag den Baggerbetrieb im neuen Hafen von Wilhelmshaven besichtigte, hat am Mittwoch früh in Begleitung des Oberpräsidenten v. Bennigsen seine Reise nach den Moorcolonien fortgesetzt.

Hochwasser.

Aus verschiedenen Gegenden der Provinz Schlesien liegen Berichte von Hochwasser und Ueberschwemmungen infolge des stattgehabten anhaltenden Regens und der zahlreich niedergegangenen Wolkenbrüche vor. Das Neißethal scheint schwer heimgesucht zu sein, der Neißefluß steht vier Meter über dem Durchschnittsstand, die städtische Wasserleitung in Neiße ist seit dem 21. d. M. außer Betrieb. Mehrere Dörfer sind überschwemmt. Auch die Elbe ist bei Pardubitz über die Ufer getreten.

Die „Jungen“ in der socialdemokratischen Partei

haben ein Flugblatt verbreitet, das die Fraction in schärfster Weise angreift. In dem Flugblatt heißt es u. A.: „Die socialdemokratische Bewegung in Deutschland ist von Anfang an eine durch und durch revolutionäre und proletarische gewesen, der gegenüber alle übrigen Gesellschaftsklassen als die „Eine reactionäre Masse“ noch bis vor ganz kurzer Zeit von jedem Parteigenossen bezeichnet wurde. . . . Freiwillig werden die besitzenden Klassen niemals auf ihre Privilegien verzichten, und so lange es eine besitzende Klasse giebt, wird es auch die nöthige Anzahl Knechte

geben, welche auf Commando bereit sind, für ihre Herren ihr Blut zu verspritzen. . . . Ebenso verhält es sich mit dem „Eineinwachsen“ der heutigen Gesellschaft in den socialistischen Staat, der ohne jede Betriebsförderung alsdann über Nacht nur proclamirt zu werden braucht und in England eigentlich schon heute proclamirt werden könnte. Diejenigen, welche solchen Blödsinn in die Menge schleudern, hätten wirklich kein Recht, von politischen Rindsköpfen zu sprechen und zu schreiben. Sie selbst sind weit schlimmeres als das. . . .“

Weiter wird dann ausgeführt, daß die neue Taktik nichts weiter sei als ein Kompromiß mit der Masse auf Kosten des Princips. Diebnecht und Bebel werden gleich schlimm mitgenommen, ihre Reichstagsreden geradezu „kläglich“ genannt. Herr von Bollmar habe die Anwartschaft auf ein Ministerportefeuille. Die Handlungen Einzelner grenzten an Verrath!

„Eine eigne Partei sollen Diejenigen sich gründen, welche nicht blindlings mit Allem einverstanden sind, was die Parteileitung für gut befindet. Ist denn das nicht die Regierung in einer anderen Form? Glaubt denn auch Bebel heute schon, daß er die Unzufriedenheit wird beseitigen können, wenn er einige Wortführer dieser Unzufriedenen beseitigt? . . . Wir betrachten uns nach wie vor zur socialdemokratischen Partei gehörig, und lassen uns weder von den Leitern unserer Partei, noch von sonst jemand zu etwas drängen was gegen unsere Ueberzeugung streitet. Auch liegen zwischen dem Reichstag und der Revolution auf dem Gendarmenmarkt noch mehrere Mittelstraßen (?), welche nach unserer Ansicht rascher zum Ziele führen. Trotzdem wir schließlich auch vor der äußersten Konsequenz des einmal für richtig Erkannten nicht zurückschrecken würden, trotz aller demagogischen Verheerungen und Angstmeierei.“ Die Flugchrift schließt mit dem Rufe „Hoch die internationale revolutionäre Socialdemokratie.“

Mißwirthschaft in Arbeitervereinen.

Ueber die Mißwirthschaft im Rechtsschutzverein des Saarreviers veröffentlicht die „Saarbrücker Zeitung“ einen Artikel auf Grund einer Privatklage des Vorsitzenden des Rechtsschutzvereins Warten gegen ein früheres Mitglied des Vereins Namens Wunn und führt als Ergebnis des Prozesses, der nach langen Verhandlungen mit einem Vergleich endete, an, daß durch die Zeugen eine Mißwirthschaft und Willkürherrschaft sondergleichen aufgedeckt worden sei, die im Rechtsschutzverein sich breit gemacht habe.

In Berlin ertheilte eine Gewerkschaftsversammlung ihren Vertrauensmann eine Rüge wegen leichtsinniger Handlungsweise und Unregelmäßigkeiten in Geldsachen. Außerdem soll er sich jeder Thätigkeit innerhalb des Gewerbes enthalten. Derartige Fälle sind bei den Socialdemokraten häufig zu beklagen.

Personalien.

Der Geheime Regierungsrath Ulrich ist von der königlichen Regierung in Arnberg an diejenige in Aurich versetzt worden.

Der Regierungsassessor Dr. Brockhoff ist von der königlichen Regierung zu Arnberg an diejenige in Minden und der Regierungsassessor Dr. Kühne nach seiner Entbindung von der Dienstleistung im Auswärtigen Amte an die königliche Regierung in Wiesbaden versetzt worden.

Der bisher bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin beschäftigte Regierungsassessor von Heinecius ist der königlichen Regierung in Münster überwiesen worden.

Der neu ernannte Regierungsassessor von Behr ist der königlichen Regierung in Stralsund zur dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Der Landgerichtsrath Funke in Berlin ist zum Director bei dem Landgericht I daselbst ernannt worden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Am 21. Juli traf

unser Kaiser

am Nordkap ein. Nach Besteigung der Höhe wurde ein Denkstein gelegt und dann nach Hammerfest zurückgekehrt. Nach dem Besuche der Meridianssäule in Hammerfest, dampfte die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser nach der Insel Storö ab. Auch auf dieser Erholungsreise erledigt der Kaiser fortlaufend Regierungsgeschäfte; z. B. sind die letzten Personalveränderungen in der Armee von Bergen, 16. Juli datirt. Die

Kaiserin

weilt mit den Prinzen zur Zeit noch in Felingstowe. Ihr dortiger Aufenthalt ist vom Wetter begünstigt gewesen; Bäder sowohl als Seeluft

üben einen stärkenden Einfluß auf die Gesundheit der Prinzen aus, welche den größten Theil des Tages mit ihrer kaiserlichen Mutter im Freien verleben.

Am Dienstag war in Bremen der

Stapellauf

des von der Gesellschaft „Weser“ erbauten Panzerfahrzeuges Q. Das Schiff gehört zur Siegfriedklasse. In Abwesenheit des Kaisers vollzog Viceadmiral Schröder den Taufakt. Gleich seinen Schwester Schiffen Siegfried und Beowulf ist dem neuen Zuwachs unserer Wehrkraft zur See ein Namen aus den Heldensagen verliehen worden, und zwar Frithjof, nach dem Helben, in dessen Heimath der Kaiser augenblicklich weilt.

Bei der Nachwahl in

Kassel

ist der Nationalliberale Endemann mit dem Socialdemokraten Pfamkuch zur Stichwahl gekommen. Die Freisinnigen werden, wie schon in der ersten Wahl, den Nationalliberalen unterstützen. Außerdem werden die conservativen Stimmen auf ihn übergehen. Den Antisemiten, die über 4000 Stimmen zählten, ist gerathen worden, gleichfalls gegen den Socialdemokraten einzutreten; doch fehlt es auch nicht an Blättern antisemitischer Richtung, die Wahlenthaltung verlangen. Für diesen Fall würde die Wahl des Socialdemokraten kaum zu vermeiden sein. Im

Wahlkreise Tilsit,

wo eine Nachwahl für den Feldmarschall Grafen Moltke stattzufinden hat, treten die Freisinnigen gegen die Conservativen in die Schranken. Die Nationalliberalen hatten als Zählkandidaten Herrn Hobercht aufgestellt, die Kandidatur ist aber zu Gunsten der Freisinnigen zurückgezogen worden, da in Kassel der nationalliberale Kandidat freisinnige Unterstützung erhalten habe.

In den Betrachtungen der Blätter nehmen während der sonst herrschenden sommerlichen Stille die

Streitereien bei den Socialdemokraten

einen breiten Raum ein. In Berlin haben die „Jungen“ ein Flugblatt verbreitet, in dem mit dem stärksten Kaliber gegen die Korruption, den parlamentarischen Sumpf und den Verrath der Fraktion vorgegangen wird. Diese Erscheinungen dürfen nicht überschätzt werden; man hat sich in dem Lager schon wiederholt in dieser Art geschlagen und hinterher wieder vertragen.

Aus dem Auslande.

Am 23. Juli ist das

französische Geschwader

vor Kronstadt angekommen. Kronstadt hatte festlich geflaggt, die Rhede war von Dampfern belebt, deren Fahrgäste die französische Flotte mit Hurrah, Vive la France etc. begrüßten. Die Mannschaften der russischen Kriegsschiffe stiegen in die Raaen und riefen Hurrah etc. etc. An dem Mahle am Freitag in der französischen Botschaft nahmen im Ganzen etwa 50 Personen theil, darunter der General-Admiral Großfürst Alexis, der Admiral Gervais mit seinem Generalstabe, die Kommandanten der französischen Schiffe, der Marineminister Admiral Tschichatschew, sowie die Minister des Innern und der Finanzen, der Verkehrsminister, der Adjunkt des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, Schischkin, etc. Während der Tafel brachte der Botschafter Laboulaye einen Trinkspruch auf den Kaiser von Rußland aus, der Großfürst Alexis einen solchen auf den Präsidenten Carnot und das tapfere französische Geschwader. Heute wird der Botschafter mit den Mitgliedern der Botschaft das Dejeuner an Bord des „Marengo“ einnehmen. Die panslavistische Presse ist voller Jubel. Wunderliche Dinge kommen dabei heraus. So meint ein Petersburger Blatt, daß Frankreich jetzt wieder auf der Höhe seiner Macht stehe, und daß unter solchen Bedingungen die mit so großer Ungebuld erwartete Ankunft des französischen Geschwaders in den russischen Gewässern eine noch größere Bedeutung gewinne, obgleich sie so wie so im vollsten Sinne des Wortes ein „Ereigniß von allergrößter politischer Wichtigkeit ist“. „Das enge Zusammengehen von Frankreich und Rußland hat auch jetzt schon alle Dreibund-Kombinationen fast gänzlich verbunkelt, und nicht ohne Grund sieht man in Berlin, Wien, London mit so großer Erregung und starkem Unwillen einer weiteren Festigung jener franko-russischen Verbindung entgegen, deren schriftliche „Formalisierung“ nunmehr von Einigen nur noch als eine Frage günstigen Zeitpunktes betrachtet wird.“ Das wiedergeborene Frankreich könne übrigens jetzt stolz und verächtlich seinen offenen und geheimen Feinden ins Auge sehen, auch ohne alle derartige „Formalitäten“. — Von Paris wird gemeldet, Präsident Carnot habe die Rückgabe zweier Heiligenfahnen angeordnet, welche im Krimkriege aus der griechischen

Kirche in Supateria erbeutet wurden und bisher in der Sakristei der Notre-Dame-Kirche aufbewahrt wurden. Der Erzbischof von Paris habe der Rückgabe der Fahnen zugestimmt. Das wird natürlich die panslavistische Begeisterung noch mehr entfachen.

Der

Kronprinz von Italien

ist in London eingetroffen und vom Prinzen von Wales und dem italienischen Botschafter empfangen worden. Der Kronprinz nahm eine Einladung zu einem Festbankett im Mansionhouse für den 28. d. M. an. Während seines Aufenthaltes in London ist ihm von der Königin Victoria der Buckingham-Palast zur Verfügung gestellt. Die leitenden Blätter Londons widmen dem Sohne König Humbert's freundliche Willkommartikel. Die Morning Post hebt hervor, wie es den Prinzen von Neapel ehre, daß er trotz seinem Wunsche, mit dem Kaiser Wilhelm auf englischem Boden zusammenzutreffen, doch die Pflicht vorgehen ließ, zunächst den italienischen Manövern beizuwohnen. Zugleich wird auf die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien hingewiesen, sowie auf das intime persönliche Verhältniß zwischen Kaiser Friedrich und König Humbert, ein Freundschaftsverhältniß, das Kaiser Wilhelm nunmehr wie mit dem Könige von Italien auch mit dessen Sohn fortsetze.

Bei der Berathung einer Forderung für Vermessungsarbeiten zum Bau einer Eisenbahn von Mombassa nach dem Victoriasee im

englischen Unterhause

ließ die Opposition das Kabinet an die von ihm eingegangene Verpflichtung erinnern, in dieser Session keine streitigen Fragen mehr auf die Tagesordnung setzen zu wollen. Daraufhin kündigte der Schatzkanzler die Vertagung der Forderung von 20 000 Pf. Sterl. für jenen Zweck an. Sein Beifügen, daß dadurch an der Politik der Regierung nichts geändert würde, gab aber gleichzeitig zu erkennen, daß diese auf der Durchführung im Herbst bestehen wird.

In

ungarischen

Reichstage brachte der radicale Abgeordnete Agron die Erneuerung der Verträge mit Italien zur Sprache und verlangte die Vorlegung derselben. Der Ministerpräsident Graf Szapary erwiderte darauf, daß es einzelne Bündnißverträge gebe, deren Veröffentlichung nach dem vollen Texte vom politischen Gesichtspunkte oder mit Rücksicht auf das Interesse des Staates nicht richtig wäre. Der Redner wies dann die Behauptung des Interpellanten, daß in Deutschland Ungarns Staatswesen nicht gewürdigt werde, entschieden zurück. Deutschland und insbesondere die deutsche Regierung sei der österreichisch-ungarischen Monarchie und namentlich Ungarn gegenüber vom größten Wohlwollen beseelt.

Das „Fremdenblatt“ und die „Presse“ in Wien wenden sich gegen die

jungtscheischen

Blätter, welche gegen Deutschland hezten und den Dreibund, der bekanntlich ein rein defensiver Friedensbund sei, als ein zum Schaden Oesterreichs gewobenes Netz schilderten. Das „Fremdenblatt“ giebt der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Treiben seinen Zweck verfehlen werde, und daß auch der von den Jungtschechen irgeleitete Theil des tscheischen Volkes die Weisheit der von dem Monarchen eingeschlagenen und von der weit überwiegenden Mehrheit beider Parlamente freudig gebilligten Politik erkennen werde. Das Bündniß stehe felsenfest; doch solle kein Theil der österreichischen Völker demselben feindselig gegenüberstehen. Die Jungtschechen, welche vollständig isolirt seien, würden durch das Anstürmen gegen den Friedensbund sich selbst politisch zu Grunde richten.

Gegenüber einer falschen Nachricht erklärte eine officiöse Agentur in Sofia, die

bulgarische

Regierung denke nicht an eine Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, ihre beständigen Bemühungen seien vielmehr auf die Entwicklung und Consolidirung der inneren Lage und die Aufrechterhaltung der herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei gerichtet.

Am Donnerstag hielt der

Großherzog von Luxemburg

seinen Einzug in die Hauptstadt seines Landes. Sämmtliche beglaubigten diplomatischen Vertreter wohnten dem Einzug bei. Als der Großherzog, von einer Abtheilung berittener Ehrengarde begleitet, durch die Straßen der Stadt fuhr, in welchen gegen 200 Vereine Spalier bildeten, wurde er von der zahlreichen Volksmenge auf das Herzlichste begrüßt. Auf die Ansprache des Bürgermeisters Brasseur, welcher den Großherzog als einen Fürsten willkommen hieß, der geschworen habe, die Institutionen, unter deren Schatten das Land herrlich gediehen sei, zu erhalten und zu vertheidigen, antwortete der Großherzog, er werde, so lange er lebe, die Freiheiten und die Unabhängigkeit des Landes zu wahren wissen.